

Änderung des Parteistatuts

JOSEF HERMANN DUFHUES BRINGT EINEN ANTRAG DER LANDESVERBÄNDE RHEINLAND UND WESTFALEN-LIPPE AUF DEM CDU-PARTEITAG 1956 EIN

Auf dem CDU-Bundesparteitag 1956 in Stuttgart brachte Dufhues am 28. April einen gemeinsamen Antrag der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zur Änderung des Parteistatuts ein. Die Zahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden sollte von zwei auf vier erhöht werden:

„D. J. H. Dufhues (Westfalen)

Ihnen liegt der Abänderungsantrag der Landesverbände Nordrhein und Westfalen vor, der eine Änderung des § 5 Abschnitt a) und des § 9 b) vorsieht. Ich darf diesen Antrag verlesen, wobei ich bereits jetzt darauf hinweisen möchte, dass ich geringfügige Änderungen des Textes vorgenommen habe, der bereits verteilt ist. Es handelt sich um Änderungen, die sich zwangsläufig aus den Anträgen zu Ziffer 1 und 2 ergeben. Die Landesverbände Nordrhein und Westfalen beantragen folgende Änderung des Satzungsentwurfs:

„1. Der § 5 Abschnitt a) erhält folgende Fassung:

Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.

2. Die Bestimmung des § 9 wird wie folgt geändert:

Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden.

Zwangsläufig ergibt sich daraus:

3. In der Bestimmung des § 7 c) wird das Wort „drei“ durch „fünf“ ersetzt.“

Das erste Wort zur Begründung dieser Anträge kann nur ein Wort der Entschuldigung sein. Ich bitte herzlichst um Nachsicht, dass Ihnen - jedenfalls der überwiegenden Mehrheit - die Anträge der Landesverbände Nordrhein und Westfalen erst heute oder in den letzten Tagen bekanntgeworden sind. Es wäre leicht, wenn ich mich zur Rechtfertigung darauf berufen würde, dass auch zahlreiche andere Anträge, nicht zuletzt die unseres verehrten Freundes Wackerzapp, Ihnen erst heute bekannt geworden sind. Es wäre uns sehr viel sympathischer gewesen, wenn wir Ihnen die Anträge hätten früher zugänglich machen können; wir bitten um Verständnis dafür, dass zwingende Gründe diese Verzögerung verursacht haben.

Die Anträge der Verbände Nordrhein und Westfalen befassen sich mit der Wahl der Mitglieder des Vorstandes, die durch den Bundesparteitag selbst in den Vorstand delegiert werden. Ihr wesentlicher Inhalt besteht darin, dass die Zahl der stellvertretenden Mitglieder auf vier erhöht wird. Dabei, meine verehrten Parteifreunde, handelt es sich nicht um ein Spiel mit Zahlen. Die Öffentlichkeit, vor allem aber unsere Mitglieder und Wähler, erwarten mit Spannung, welches Gesicht die Gesamt-CDU erhält durch die Wahl der Personen, die unmittelbar vom Bundesparteitag in den Vorstand entsandt werden. Es ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung, dass auch der Bundesparteitag von Stuttgart eine einzige Kundgebung des

Vertrauens zu Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer war - eines Vertrauens, das auf den staatsmännischen Leistungen dieses einzigartigen Mannes beruht. (Starker Beifall) Die infamen Angriffe, die während der letzten Monate gegen Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer gerichtet worden sind, können nur dazu beitragen, die Bande fester zu schließen und das Vertrauen in diesen Mann zu festigen. (Beifall)

Von dem Bundesparteitag in Stuttgart erwartet die Öffentlichkeit - erwarten vor allem unsere Mitglieder -und Wähler - aber auch eine Antwort auf die Frage, ob und welche weiteren Kräfte in dem Vorstand der Gesamt-CDU wirksam werden. Kräfte, die berufen und bestimmt sind, den geistigen und politischen Standort der CDU zu bestimmen. Es würde eine große Enttäuschung auslösen, wenn wir keine klare Antwort auf diese Frage geben würden.

Diese Abänderungsanträge entspringen ausschließlich der Sorge und der Verantwortung für die Gesamt-CDU. Der Herr Bundeskanzler hatte in seinem umfassenden Rechenschaftsbericht die Freundlichkeit, die Frage aufzuwerfen, ob der Landesverband Westfalen nicht zu kurz gekommen sei. Jedenfalls meine ich, die Frage so verstanden zu haben. Wir dürfen ihn beruhigen. Westfalen hat keine Wünsche und hat keine Forderungen. Wir haben nur den einen Wunsch, dass das vom Herrn Bundeskanzler erwähnte Neheim-Hüstener Programm vom Jahre 1945 in der Gesamt-CDU und für alle Zukunft lebendige Wirklichkeit bleibt. (Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Wort der Einleitung sagen: Einzelne von Ihnen werden den von mir vertretenen Antrag als eine Störung des „reibungslosen“ und „disziplinierten“ Verlaufs des Bundesparteitages ansehen. Meine lieben Parteifreunde! Wir sind nicht nach Stuttgart gekommen, um einen reibungslosen Verlauf des Bundesparteitages zu gewährleisten. Wir alle verspüren in der Öffentlichkeit und auch unter unseren Mitgliedern und Wählern eine leichte Unruhe - eine Unruhe, die nicht zuletzt ausgelöst ist durch die Vorgänge von Düsseldorf und vor

allem die Hintergründe dieser Vorgänge. (Beifall)

Diese Unruhe, meine lieben Parteifreunde, muss auch in den Beratungen -des Bundesparteitages wirksam werden, wenn er nicht an der Wirklichkeit des politischen Lebens vorbeigehen will. Mit .äußeren Demonstrationen einheitlicher Auffassungen ist dem Herrn Bundeskanzler am wenigsten gedient. (Beifall) Er darf erwarten, dass, wir - und ich füge hinzu, nicht nur wir - ihm mit der Ächtung und der Verehrung begegnen, die in seiner Persönlichkeit, seinem, Amt und seinen staatsmännischen Leistungen ihre Grundlage haben. Er muss aber auch erwarten, dass natürliche Spannungen und unterschiedliche Meinungen und Auffassungen zum Ausdruck kommen und zum Wohl der Union -in gemeinsamer Verantwortung gelöst werden. (Beifall)

Bei der Einbringung unserer Abänderungsanträge haben wir uns vor allem von zwei Gesichtspunkten leiten lassen. Ich bitte Sie, die Anträge unter diesen Gesichtspunkten zu prüfen.

Mit dem Antrage verfolgen wir einmal das Ziel, das evangelische Element innerhalb des vom Bundesparteitage zu wählenden Vorstandes zu verstärken. Neben zwei stellvertretenden katholischen Mitgliedern würden wir gern zwei evangelische Freunde sehen (Beifall), profilierte Persönlichkeiten, die befähigt und berufen sind, das Tor weit nach der evangelischen Seite hin zu öffnen.

Alle Methoden der Brunnenvergiftung und Verfälschung unserer Absichten werden die Union der evangelischen und katholischen Christen niemals zu spalten, vermögen. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass sich die natürlichen Spannungen zwischen evangelischen und katholischen Christen in der politischen Zusammenarbeit nicht auflösen dürfen in der Auseinandersetzung um paritätische Stellenpläne. Wir müssen erreichen, und das bleibt das Ziel der Union, dass wir letztlich stellvertretend der eine für den anderen politische Verantwortung übernehmen und tragen. Angesichts der .sich verstärkenden Versuche, die Gedanken und Ziele der Union gerade in der evangelischen Be-

völkerung unseres Landes in Misskredit zu bringen, halten wir es für erforderlich, dass die evangelische Bevölkerung eindringlicher und umfassender angesprochen wird, damit sich erfüllt, was der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier in seiner Rede über den geistigen Standort der Union .so eindringlich, erklärt hat, dass die Union in immer stärkerem Maße auch die politische Heimat der evangelischen Bevölkerung wird. (Beifall)

Und ein Zweites, meine lieben Parteifreunde, hat uns veranlasst, diesen Antrag zu stellen. Am 20. Februar dieses Jahres ist die Regierung Arnold in Düsseldorf gestürzt worden. Allen Teilnehmern an der Auseinandersetzung in Düsseldorf bleibt unvergessen jener Ausdruck maßlosen und unverhohlenen¹ Hasses gegen die von Dr. Konrad Adenauer geführte CDU, der in diesen Auseinandersetzungen zum Ausdruck kam. Es spricht vieles dafür, dass dieser von antichristlichen Affekten genährte Hass - ich darf an Äußerungen eines gewissen Thomas Dehler erinnern -, dass dieser Hass sich nicht nur in Nordrhein-Westfalen als Koalitionskitt bewähren wird.

Damit sind Kräfte in die politische Wirklichkeit getreten, die, wie der Herr Bundeskanzler es mit Recht betont hat, nur die Macht und allein die Macht kennen. Kräfte, die zu Friedrich Naumann keine innere Beziehung haben, denen die Prinzipien einer sittlich-ethisch fundierten Politik ebenso fremd sind wie der Gedanke, dass auch Treu und Glauben im politischen Leben lebendige Wirklichkeit sein müssen.

Mit solchen Kräften kann man sich auf verschiedene Weise auseinandersetzen. Man kann diese Vorwürfe und die Methoden dieser Politik an sich abgleiten lassen. Demgegenüber halte ich es mit unserem Parteifreund Kultusminister Werner Schütz, der treffend einmal gesagt hat: Ein dickes Fell ist eine gute Sache, aber es darf nicht so dick sein, dass man ohne Rückgrat stehen kann. (Beifall) Wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Wir wollen uns mit diesen Kräften auseinandersetzen, rechtzeitig auseinandersetzen, damit Deutschland das

Schicksal von Weimar erspart bleibt. (Beifall)

Und nun komme ich zum entscheidenden Punkt: Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand der Ministerpräsident Karl Arnold, sichtbar für das In- und Ausland. Seine Wahl in den Kreis der vom Bundesparteitag zu wählenden stellvertretenden Vorstandsmitglieder würde nach außen hin - auch sichtbar für Deutschland und die ganze Welt - bekunden, dass die Gesamt- CDU nicht gewillt ist, diese Kräfte von gestern wieder erstarken zu lassen. (Beifall) Mit Karl Arnold würde eine stark profilierte Persönlichkeit in den Kreis der vom Bundesparteitag in den Bundesvorstand zu wählenden Männer einziehen. Als sein Name zuerst hier erwähnt wurde, haben Sie ihn mit starkem, mit lebhaftem Beifall begrüßt. Dieser Beifall war eine Bekundung des Vertrauens. Ich hoffe, dass Sie mit der Änderung der Satzung uns die Möglichkeit geben, dieses Vertrauen zum Wohle der Gesamt- CDU zu nutzen. (Sehr starker Beifall)“

(Nachweis: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): 6. Bundesparteitag der CDU 26. – 29.4.1956 in Stuttgart, Hamburg o.J., S.121-124.)